



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
- L 212 -

Kiel, 23. Mai 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1148
Fax (0431) 5300 4 1180
Umweltausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t (neu)

über die

*15. Sitzung des **Umwelt- und Agrarausschusses***

*am Mittwoch, dem 15. Mai 2013,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag zu den vorliegenden Anträgen zum Thema **EEG** folgende Beschlüsse:

- Energiewende sichern - Kosten begrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/557](#)

Ablehnung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP

- EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten

Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/518](#)

Ablehnung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN

- EEG erhalten - Haushalte entlasten

selbstständiger Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/554](#)

Annahme mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP

Folgende Berichte der Landesregierung nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis:

- Bericht über die Verhandlungen zur Strompreiskontrolle

[Drucksache 18/699](#)

- ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern

[Drucksache 18/562](#) (neu)

- **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)**

Rahmenplan für das Jahr 2013

[Drucksache 18/670](#)

- **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013**

[Drucksache 18/478](#)

Er nahm die Beratung des Antrags der Fraktion der CDU, **Keine Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung**, [Drucksache 18/733](#), auf und schloss sich dem Verfahren des beteiligten Wirtschaftsausschusses an und stellt die Beratung zunächst zurück.

Zum Antrag der Koalition, **Eine Landesnetzagentur einrichten**, [Drucksache 18/749](#), beschloss der Ausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin hierfür legte er den 11. September 2013 fest.

Den Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/570](#), sowie den dazu vorliegenden selbstständigen Änderungsantrag der Koalition, **Kein Fracking in Schleswig-Holstein!**, [Drucksache 18/671](#), stellt der Ausschuss zunächst zurück.

Zum Gesetzentwurf der Koalition zur **Änderung des Landesjagdgesetzes**, [Drucksache 18/752](#), beschloss der Ausschuss, am 12. Juni 2013 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 17. Mai benannt werden.

Er nahm sodann die Beratung des Antrags der Fraktion der CDU, **Existenz der Ostseefischer erhalten**, [Drucksache 18/603](#), sowie des dazu vorliegenden selbstständigen Änderungsantrags der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten**, [Drucksache 18/665](#) auf und kam überein, den Prozess auch durch Information der Landesregierung zu begleiten.

Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der Vertreterin der Fraktion der PIRATEN, den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, **Neugestaltung der Lebens- und Futtermittelkontrollen prüfen**, [Drucksache 18/663](#), abzulehnen, und mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN, den Antrag der Koalition, **Lebens- und Futtermittelkontrollen wirksam gestalten!**, [Drucksache 18/622](#), unverändert anzunehmen.

Er nahm ferner einen Bericht der Landesregierung über das Thema **Baggergut Hamburger Hafen** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Er verständigte sich darauf, den Bericht der Landesregierung, **Situation des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/696](#), nach der Sommerpause zu erörtern und dazu Vertreter des Kleingartenvereins Schleswig-Holstein einzuladen.

Dem Landtag empfahl er mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag der Koalition, **Hofabgabeklausel abschaffen!**, [Drucksache 18/621](#), unverändert anzunehmen.

Er beschloss eine Delegationsreise des Ausschussvorsitzenden nach Kaliningrad **vom 24. bis 28. Juni 2013.**

Sodann nahm der Ausschuss folgende **Terminfestlegungen/-änderungen** vor:

Der für den 28. August 2013 vorgesehene Sitzungstermin wird auf den 7. August 2013 verlegt. An diesem Termin soll unter Federführung des Wirtschaftsausschusses eine gemeinsame Anhörung zum Thema Fracking stattfinden.

Für den 11. September 2013 ist eine Anhörung zum Thema Landesnetzagentur vorgesehen.

Der für den 23. Oktober 2013 vorgesehene Sitzungstermin wird auf den 30. Oktober 2013 verlegt.

Schluss: 16:35 Uhr

gez. i. V. Thomas Wagner